US-Präsidentschaftswahlen 2024: Wahl der alten weißen Männer?

2024 gilt schon jetzt als „Superwahljahr“. Aus heimischer Sicht gilt das Interesse den Nationalrats- und einigen Lokal- bzw. Regionalwahlen. Weltweit werden in diesem Jahr die Menschen in etwa 70 Ländern zu den Wahlurnen gerufen. Darunter befinden sich bedeutende und einflussreiche Staaten, aber auch solche mit autoritären Regimen, in denen Wahlen eingeschränkt sind und die Opposition keine Chancen hat. Gewählt wird u. a. in Russland (März 2024), im Iran (März 2024) und in Indien (April/Mai 2024). Dazu kommen die Wahl zum EU-Parlament im Juni, Kommunalwahlen in Deutschland, Parlamentswahlen in Großbritannien (Termin noch nicht festgelegt) und schließlich am 5. November die Wahlen in den USA, die weit über die Staatsgrenzen hinaus Bedeutung haben. Dort ist der Vorwahlkampf angelaufen, eine Neuauflage des Rennens zwischen Amtsinhaber Joe Biden und seinem Vorgänger Donald Trump ist so gut wie sicher, auch wenn Umfragen zeigen, dass viele Wählerinnen und Wähler mit diesem Angebot unzufrieden sind.

Was sind die Besonderheiten des US-Wahlsystems, das sich von anderen Wahlsystemen erheblich unterscheidet? Welchen Einfluss hat es auf die politische Landschaft und die Gesellschaft? Hat Trump eine Chance auf einen neuerlichen Einzug ins Weiße Haus, obwohl er in vier zivil- und strafrechtlichen Prozessen vor Gericht steht und ihm im Fall einer Verurteilung sogar das Gefängnis droht? Wie gespalten ist die US-Gesellschaft nach den durch Politik, Wirtschaftskrise und Pandemie ausgelösten Turbulenzen? Welche Themen bewegen die Menschen?

Dieser History Snack beleuchtet eine Reihe von Themen, die im US-Wahlkampf eine Rolle spielen. Die einzelnen Module können unabhängig voneinander auswählt und nach Interesse bearbeitet werden.

Wie funktionieren Wahlen in den USA?

Der Wahlprozess: Vorwahlen und lange Wahlkämpfe ...

- Sehen Sie sich das folgende Erklärvideo über den langwierigen (Vor)Wahlprozess an.

Das „Electoral College“

- Informieren Sie sich mit dem folgenden Videoclip über das "Electoral College", seine Geschichte und die Auswirkungen auf Wahlchancen und Wahlkampf.

Red States, Blue States, Swing States: Ziel 270 Wahlpersonen ...

- Ermitteln Sie anhand der interaktiven Karte, welche Bundesstaaten traditionell **demokratisch** („blue states“) bzw. **republikanisch** („red states“) wählen und in welchen es wechselnde Mehrheiten („**swing states**“) gibt.
- Finden Sie heraus, welche dieser Staaten die jeweilige Partei für eine Mehrheit im „Electoral College“ gewinnen müsste.
- Kalifornien hat 39,24 Mio. Einwohner:innen, Alaska 732.670: Ermitteln Sie, wie viele Einwohner:innen auf eine Wahlperson entfallen.

Warum wird das Wahlsystem von vielen kritisiert?

1. Fassen Sie wesentliche Aspekte des US-Wahlsystems zusammen, die Sie im vorherigen Abschnitt kennengelernt haben.
2. Arbeiten Sie mithilfe des Textes des Politologen Jan Techau (M1) weitere Kritikpunkte am US-Wahlsystem heraus.
3. Nehmen Sie zum US-Wahlsystem aus europäischer Sicht Stellung.

M1 Der Politologe Jan Techau über die US-Präsidentenwahlen:
Nicht das Wahlsystem per se ist ein Kernproblem amerikanischer Demokratie, es sind wesentliche Nebenelemente dieses Systems, deren Bedeutung übergroß geworden ist. Dazu gehören vor allem die Wahlkampffinanzierung, der Zuschnitt der Wahlkreise und das System der parteiinternen Vorwahlen, der Primaries.
Zusammengenommen schaffen diese Faktoren ein Anreizsystem, das die politischen Ränder im Wettbewerb stärkt, extremistische Kandidaten begünstigt, [...] der Polarisierung des politischen Betriebs Vorschub leistet und im Extremfall die Institutionen in die Lähmung führt.
Die Entscheidung des amerikanischen Obersten Gerichtshofs im Citizens-United-Fall von 2010, in dem Parteispenden als Teil des Rechts auf freie Meinungsäußerung interpretiert werden, die praktisch keiner Beschränkung unterliegen dürfen, hat die Tore für politische Einflussnahme durch finanzstarke Interessenvertreter und Einzelpersonen weit geöffnet. Die Folge war das deutliche Erstarken politischer Kampagnen-Organisationen (**Political Action Committees – PACs**), die bei der Formulierung politischer Zielvorstellungen nicht den disziplinierenden Ausgleichsmechanismen des Parteibetriebs unterliegen. Das wiederum hatte eine enorme Verschärfung der Wahlkampfrhetorik und des politischen Demagogentums zur Folge. […]
Entscheidend verschärft wird diese Tendenz durch die Neigung beider Parteien, dort, wo sie die Macht besitzen, die Wahlkreise so zuzuschneiden, dass dort sicher vorhersehbare Wahlergebnisse in ihrem Sinne erzielt werden [Gerrymandering], der politische Wettbewerb vor dem Wähler also de facto abgeschafft ist. Das hat zur Folge, dass der eigentliche Wettbewerb um Macht und Mandat sich in die Parteien verlagert, […] die Ränder stärkt und Ideologen, Eiferer und Extremisten in die Parlamente spült. […]
In Europa mokiert man sich zwar gern über das Wahlmännerprinzip, demgemäß das Electoral College die eigentlichen Stimmen der Bundesstaaten für den zu wählenden Präsidenten abgibt, nicht der Wähler. Auch die relative Übergewichtung ländlicher, tendenziell konservativer Regionen im Senat und in den Primaries steht in der Kritik.

Zit. nach: https://internationalepolitik.de/de/gegen-den-strich-us-praesidentschaftswahlen (29.01.2024)

Das politische System der USA: Warum ist der Präsident so mächtig?

Die USA ist eine föderalistische und präsidentielle Republik. Ihre wesentliche Grundlage ist die Verfassung von 1787. Der Sturm auf das Kapitol am 6. Jänner 2021 hat das innere und äußere Vertrauen in die US-amerikanische Demokratie erschüttert. Ein abgewählter Präsident weigerte sich, seine Wahlniederlage einzugestehen und versuchte, einen friedlichen Machtwechsel - wesentliches Prinzip in einer Demokratie - mithilfe eines von ihm aufgewiegelten Mobs zu verhindern. In seiner Amtszeit befeuerte Trump mit seinen Äußerungen den latenten Rassismus, was nach der Erschießung von George Floyd zu massiven Demonstrationen und einigen Gewaltausbrüchen führte, die Trump umgehend als „neuen linksextremen Faschismus“ framte. Durch die Möglichkeit, die Posten verstorbener Höchstrichter mit Parteigängern zu besetzen, konnte Trump auch auf eine wichtige Kontrollinstanz Einfluss gewinnen. In diesem Organ werden bis heute kontroverse Fragen entschieden (z. B. die Beschränkung der Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs). In der Außenpolitik stellte Trump zwischenstaatliche Beziehungen (Internationalismus) und damit auch die NATO infrage. Die Republikaner blockieren auch die weitere Unterstützung für die Ukraine.
Trotz aller „checks and balances“ in der Verfassung und der Notwendigkeit auch die Bundesstaaten zu berücksichtigen ist der US-Präsident (Anm.: eine Präsidentin gab es bisher nie) mächtiger als europäische Premierminister:innen oder Bundeskanzler:innen, vor allem wenn seine Partei auch im Kongress über eine Mehrheit verfügt. Daran scheiterte auch das Bestreben, Trump im Kongress für seine Rolle am 6. Jänner durch ein Amtsenthebungsverfahren („impeachment“) zur Rechenschaft zu ziehen.

1. Erklären Sie anhand der Infografik die starke Stellung des US-Präsidenten. Arbeiten Sie dabei die gegenseitigen Kontrollmöglichkeiten von Legislative, Exekutive und Judikative heraus („checks and balances“).
2. Diskutieren Sie mögliche Vor- und Nachteile dieses Systems.

Themen im Wahlkampf: Wofür stehen Demokraten und Republikaner?

Wichtige Themen im Wahlkampf

Ist das Thema Migration wahlentscheidend?
Nach Angaben der Grenzschutzbehörden kamen 2021 etwa 1,9 Mio. Menschen über die Südgrenze in die USA; 2022 waren es 2,7 Mio. und letztes Jahr schließlich 3,2 Mio. Unter dem Druck der Bürgermeister der großen Städte wie New York, wo viele der Neuankömmlinge landen, versucht die Biden-Administration den Zuzug zu beschränken, stößt dabei auf den Widerstand der Republikaner, die nicht zustimmen, weil Biden die Beschränkung mit der Fortsetzung der Ukrainehilfe verknüpfte.

1. Bilden Sie Fünfergruppen und informieren Sie sich unter diesem Link (M1) über je eines der Wahlkampfthemen - Wirtschaftspolitik, Außenpolitik / internationale Krisen, Gesundheitspolitik, Abtreibungsfrage, Bildungspolitik.
2. Erstellen Sie einen Raster, in dem Sie die Positionen der Republikaner und Demokraten eintragen und vergleichen.
3. Diskutieren Sie mithilfe von M2, in welchen Bereichen eine überparteiliche Politik möglich wäre und in welchen Fragen die Positionen weit auseinanderliegen.
4. Nehmen Sie anhand von M3 Stellung zur Rolle der Migration im Wahlkampf.

M1 **Themen im Wahlkampf:** Übersicht der Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg

M2 **Infografik**: Welche Themen waren den Wählerinnen und Wählern der jeweiligen Parteien 2022 (Midterms) wichtig?

M3 **Interview** zur Migrationspolitik mit dem US-Experten Johannes Thimm.
Johannes Thimm ist stellvertretender Leiter der Forschungsgruppe Amerika Berliner Stiftung für Wissenschaft und Politik (SPW).

Kulturkampf im Wahlkampf: Was darf unterrichtet werden?

Neben Wirtschaft und Migration spielen Kulturkampfthemen wie Lehrplaninhalte (Sexualkunde, LGTBQ+ und Rassismusaufklärung) eine Rolle auf der (republikanischen) Wahlkampfagenda. Zuletzt gerieten in einzelnen republikanisch regierten Bundesstaaten sogar die Bibel und Lexika ins Visier „besorgter“ Eltern und konservativer Politiker:innen. Die *Black-Lives-Matter*-Bewegung hat bei vielen weißen Eltern eine ablehnende Haltung gegen das Aufzeigen rassistisch motivierter Diskriminierung ausgelöst. Die Folge: eine Welle von Bücherverboten oder „Empfehlungen“ zur Entfernung von Büchern („challenged books“) aus Schul- und öffentlichen Bibliotheken.

1. Erläutern Sie mithilfe der Materialien (M1-M3) mögliche Auswirkungen dieser Kulturkampfpolitik auf Jugendliche und ihren Blick auf die Gesellschaft und die Geschichte. Betrachten Sie das auch aus Sicht von Jugendlichen aus Minderheitengruppen.

2. Formulieren Sie Ihre Meinung zum republikanischen Kulturkampf um die Schulen sowie Verbote von Büchern.
3. Begründen Sie die ablehnende Haltung vieler „Weißer“ gegenüber der Critical Race Theory.

M1 Was ist die Critical Race Theory?

Die Critical Race Theory ist ein interdisziplinärer Theorieansatz, welcher davon ausgeht, dass Rassismus keine Ausnahmeerscheinung, sondern ein strukturell verankerter Teil der gesellschaftlichen Ordnung ist. Die Theorie, welche ihren Ursprung in der US-amerikanischen Rechtswissenschaft der 1970er-Jahre hat, sieht Rassismus als historisch gewachsenes, gesamtgesellschaftliches Phänomen, welches Machtstrukturen ausdrückt und die Ungleichbehandlung von Menschen durch diskriminierende Rechtsnormen legitimiert.
Nicht nur explizit diskriminierende Handlungen sind demnach rassistisch. Rassismus sei auf einer viel grundlegenderen Ebene in der politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Ordnung verankert, so dass dies immer Auswirkungen auf die Handlungen eines Individuums habe - auch wenn dies nicht bewusst geschehe. Diskriminierung ist laut der Critical Race Theory also immer mehrschichtig. Dies zeigt sich beispielsweise darin, wer zu welchen Bewerbungsgesprächen eingeladen wird, wem welche Kredite zugebilligt werden oder eben auch wie die Polizei mit einem umgeht. Auch werden aufgrund des US-amerikanischen Wahlrechts ethnische Minderheiten beim Wählen überproportional häufig benachteiligt.
Diese Diskussionen über den strukturellen Rassismus im Land sowie die Auseinandersetzung der eigenen Geschichte im Hinblick auf die Sklaverei, hat die Black Lives Matter Bewegung in den USA nach dem Polizistenmord an George Floyd eingefordert.
Konservative bis rechte Netzwerke deuten die Critical Race Theory hingegen so, dass Menschen dafür bestraft würden, als Weiße geboren zu sein. Sie kritisieren den Ansatz der Theorie als rassistisch. Der texanische Senator Ted Cruz (Republikaner) beschreibt die Theorie als „genauso rassistisch wie die [Ku-Klux] Klan-Männer in weißen Laken“.
Zit. nach: https://www.tagesschau.de/faktenfinder/criticalracetheory-101.html (31.01.2024)

M2 Kevin West, republikanischer Abgeordneter im Parlament von Oklahoma:

Geben Sie sich keinen Illusionen hin. Wir befinden uns in einem Kampf um die Zukunft unserer Kinder und unserer Enkelkinder. Die Theorien und Lehren der Critical Race Theory, dieser Lehrplan ... das geht gegen alles, worauf diese Nation gegründet wurde und was wir aufrechterhalten wollen.
Zit. nach: Zeit online (31.01.2024)

M3 Die US-Korrepondentin von Die Zeit Heike Buchter in einer Kolumne über Bücherverbote in den USA (April 2022):

Es mutet an wie aus einem früheren Jahrhundert: In den USA landen mehr Bücher denn je auf dem Index. 1.597 Werke zählte die American Library Association, der Verband der Bibliotheken [2021; die Zahl ist inzwischen angewachsen], die auf Wunsch von Eltern oder – meist konservativen – Aktivisten aus den Regalen von Schulbibliotheken und kommunalen Leihbüchereien fliegen sollten. […] Darunter Bücher der Schwarzen US-amerikanischen Nobelpreisträgerin Toni Morrison, aber auch *Maus*, Art Spiegelmans Graphic Novel über den Holocaust […]. Ein großer Teil dieser sogenannten *Banned Books* sind Werke von Angehörigen von Minderheiten, darunter *Out of Darkness* über die Romanze zwischen einem Schwarzen Teenager und einem mexikanisch-amerikanischen Mädchen.
Vornehmlich aber geraten Bücher ins Visier der Möchtegernzensoren, die sich mit den Erfahrungen von LGBTQ+-Jugendlichen beschäftigten oder von LGBTQ+-Autoren und -Autorinnen geschrieben wurden […]. Das Buch, gegen das die meisten Verbotsgesuche eingereicht wurden, war Gender Queer: A Memoir von Maia Kobabe, das die Erfahrungen von nicht binären Heranwachsenden beschreibt, die sich nicht der Einteilung in weiblich oder männlich unterordnen wollen.
Auch Henry McMaster, der Gouverneur von South Carolina, zitierte Kobabes Memoiren und forderte eine Untersuchung von „obszönem und pornografischen“ Lernmaterial an Schulen seines Bundesstaates. Wie McMaster haben viele Republikaner den Bücherstreit als fruchtbares Wahlkampfthema für sich entdeckt.

Vorgemacht hat es Glenn Youngkin, der [2021] nicht zuletzt mit der von ihm inszenierten Kontroverse über Leselisten in den öffentlichen Schulen überraschend die Gouverneurswahlen in Virginia gewann. In einem seiner Wahlkampfvideos ist eine blonde Frau zu sehen, die vor dem heimischen Kaminfeuer buchstäbliche ihre Hände ringt und sich über das "explizite" Lesematerial ihres Sohnes beschwert. […] Es dauerte nicht lang, bis herauskam, dass der betreffende Sohn inzwischen Anwalt, 27 Jahre alt und für Youngkins Partei im Kongress tätig ist. Das Werk, das der Mutter und ihrem Sprössling angeblich so zusetzte: Beloved von Toni Morrison. Es beschreibt in der Tat Schreckliches und für das Land Beschämendes, nämlich das Schicksal einer Schwarzen Sklavin. Angeblich geht es den Politikern darum, die Elternrechte zu wahren.
Kein Wunder, dass Ron DeSantis, [Gouveneur von Florida und kurzzeitiger Rivale von der als von Donald Trump für die Präsidentschaftswahl 2024] auch auf das Thema Kinder setzt. Er hat Ende März ein Gesetz verabschiedet, dass es Lehrern verbietet, im Unterricht über Geschlechteridentifikation und sexuelle Orientierung zu sprechen. Kritiker tauften das Verbot *Don't-Say-Gay-Gesetz*, das „Sag nicht schwul"- Gesetz. Sie fürchten, dass DeSantis' Erlass der Diskriminierung und dem Mobbing von LGBTQ+ Kindern und Jugendlichen Vorschub leisten könnte. […]
Ein Gutes hat das bigotte Gezerre um das angebliche Kindeswohl: Das Interesse gerade für die Banned Books steigt. Sowohl die Verkaufszahlen für Beloved als auch für Maus sind gestiegen. Immerhin etwas, das Autoren und Bibliothekare freuen dürfte. Und auch nach wie vor die meisten Eltern. Zit. nach: Die Zeit (25.04.2022)

Was sind die Themen von jungen Wählerinnen und Wählern?

2024 gibt es 40 Mio. potentielle Wähler:innen aus der Gen Z (geboren nach 1997) - 2020 gab es insgesamt über 160 Mio. registrierte Wähler:innen. Im letzten Jahrzehnt haben Probleme wie die Massenerschießungen, Polizeigewalt gegen Afroamerikaner und die Klimafrage viele junge Menschen in den USA politisiert und auch die Wahlbeteiligung in dieser Gruppe erhöht. Die beiden Präsidentschaftskandidaten sind ein wenig attraktives Angebot für viele junge Menschen. Welche Themen bewegen junge Menschen? Zu welcher der beiden Parteien tendieren sie? Wie groß ist die Wahlbereitschaft?

1. Ermitteln Sie mithilfe von M1 die für junge Wähler:innen wichtigen Themen sowie den Einfluss der ethnischen Herkunft auf die Themenpräferenz (M2).
2. Erläutern Sie die Erwartungen an die Parteien in Bezug auf Themen (M3). Deckt sich das mit den geäußerten Parteipräferenzen (M4).
3. In Österreich finden spätestens im September 2024 Nationalratswahlen statt. Welche Themen sind für Sie wichtig? Erstellen Sie in der Klasse eine Liste von fünf Themen und vergleichen Sie diese mit der Liste aus den USA (M1). Erläutern Sie Unterschiede und Überschneidungen.

Aus den Ergebnissen einer Meinungsumfrage von CIRCLE (Herbst 2023):

M1 Ergebnis einer Umfrage zu den Themen der 18- bis 34-Jährigen => Diagramm

M2 **Ethnische Herkunft und Prioritätensetzung**: Öffnen Sie diesen Link und scrollen Sie zum Abschnitt **Young people of Different Rachial/Ethnic Groups**. Erläutern Sie den Einfluss der Herkunft auf die Prioritätensetzung in den Bereichen Klimawandel, ausreichender Verdienst, Kampf gegen den Rassismus, Kampf gegen Waffengewalt.

M3 Erwartungen junger Wähler:innen an die Parteien nach Themen => Diagramm

M4 Wahlteilnahme und Parteipräferenz:
57 % der befragten 18- bis 34-Jährigen gaben an, sie würden ziemlich sicher wählen gehen, weitere 15 % wahrscheinlich. Von den 57 % deklarierten sich 51 % für den demokratischen, 30 % für den republikanischen Kandidaten.
Zit. nach: Ergebnisse einer Meinungsumfrage von CIRCLE, Herbst 2023: CIRCLE 2024 Youth Poll (31.01.2024)

Popstars im Wahlkampf: Wer hat Angst vor Taylor Swift?

Im Vorwahlkampf gerät Megastar Taylor Swift vermehrt ins Visier der Rechten und ihrer Medien wie Fox News. Der Grund: Schon 2020 stellte sich Taylor Swift hinter Biden und Kamala Harris; sie rief ihre Fans wiederholt auf, sich für die Wahlen registrieren zu lassen - mit Erfolg. Immerhin folgen ihr 279 Mio. Menschen allein auf Instagram. In sozialen Medien unterstützte sie auch die Forderung von Black Lives Matter nach Entfernung von Denkmälern für Sklavenhalter in ihrem Heimatbundesstaat Tennessee. Und sie tritt für das Recht auf Abtreibung ein. In Swifts Karriere war dies eine Kehrtwendung: Davor enthielt sie sich mit Rücksicht auf die vorwiegend ländlich- konservativen Fans ihrer Country Music poltischer Äußerungen.
Jetzt reagieren Trumps Wahlkampfstrategen und seine rechten Follower heftig, obwohl Analysen gezeigt haben, dass 45 % von Swifts Fangemeinde 2020 für Trump stimmten, was nur wenig unter dem Gesamtergebnis für Trump lag.
Was können prominente Popstars tatsächlich politisch bewirken? Sollen sie sich politisch exponieren und Stellung beziehen?

---

1. Erläutern Sie anhand von M1 und M2 die Rolle von Taylor Swift als politischer Einflussfaktor.
2. Bewerten Sie die Reaktionen von rechten Medien auf Taylor Swifts politische Äußerungen.
3. Analysieren Sie M3 auf verschwörungstheoretische Ansätze.
4. In Österreich tritt mit Dominik Wlazny aller Voraussicht nach ein Rocksänger mit seiner Partei (Bierpartei) zu den Nationalratswahlen an. Nehmen Sie zu verschiedenen Formen des politischen Engagements von Musiker:innen Stellung. Haben sie eine besondere Verantwortung?

M1 Denise Dörries über die politischen Einflussmöglichkeiten von Popgrößen:
Mit Blick auf die diesjährige Europawahl soll der erfolgreiche Superstar auch hier die jungen Leute mobil machen, dies geht aus einem Vorschlag von Margaritis Schinas, zuständig für die „europäische Lebensart“, hervor. Laut EU-Vorstellung soll Swift bei ihrem Konzert in Paris einen Monat vor der Wahl zur Stimmabgabe aufrufen.
Auch andere US-Promis sehen mit Taylor Swift eine Chance, so zum Beispiel Hollywood-Schauspielerin Whoopi Goldberg, wie der *Bayerische Rundfunk* berichtete. Vor allem hat die Schauspielerin Probleme wie Schwangerschaftsrechte, Rassismus, Einkommensunterschiede, Waffengewalt und Gesundheitskosten angesprochen und lobte die Popsängerin: „Sie bringt Leute dazu, rauszugehen und zu wählen, möglicherweise einschließlich aller Arten von Leuten, von denen Sie lieber nicht möchten, dass sie wählen.“
Schon bei früheren Wahlen fiel die Unterstützung aus der Musikbranche für Trump recht mager aus. Nicht nur junge Popstars wie Taylor Swift, Billie Eilish und Cardi B unterstützten bei der letzten Wahl Joe Biden, auch Rock-Idole wie Bruce Springsteen, Neil Young und Michael Stipe setzten auf den Demokraten. Auch bei der diesjährigen Wahl wird die Unterstützung der meisten Popstars wohl wieder nicht auf Trump fallen.
Zit. nach: Frankfurter Rundschau (02.02.2020)

M2 Aus einem Bericht des ZDF über die Reaktionen der Republikaner auf Swift:
Ein Mega-Star, der Experten zufolge durchaus Einfluss auf den Ausgang der US-Wahl im November haben könnte, ist Taylor Swift. Entsprechend heftig wird die Sängerin mit der riesigen Fangemeinde vor allem von Vertretern des rechten Lagers angefeindet und in Verschwörungserzählungen verunglimpft.
Der einflussreiche **Fox-News**-Moderator Jesse Waters etwa unterstellte [Mitte Jänner] in seiner Sendung, die 34-Jährige sei im Auftrag der von den Demokraten geführten US-Regierung aktiv.Waters ging auch auf Swifts Einfluss auf das gemeinnützige Portal *Vote.org* ein. Im September

registrierte es nach Swifts Online-Aufruf, sich als US-Wähler registrieren zu lassen, regen Zulauf. Waters ist der Ansicht, dass die Sängerin „vom Weißen Haus oder was auch immer“ dazu gebracht worden sei. [...] Waters gab in seiner Primetime-Sendung selbst zu, dass er „keine Beweise“ für seine Theorien über Swift habe. Fox News wollte sich auf Anfrage nicht öffentlich dazu äußern.
Swifts Popularität ist vergangenes Jahr durch diverse Rekorde in der Musikbranche und ihre Beziehung zum American-Football-Spieler Travis Kelce in noch höhere Sphären katapultiert worden. Das „Time“-Magazin kürte Swift zur „Person des Jahres“. In dem Maße, in dem Swifts Beliebtheit wächst, nehmen auch die Anwürfe gegen sie zu.
Meinungsmacher vom rechten Rand wie der Radiomoderator Stew Peters werfen ihr etwa vor, während ihrer Konzerte Hexenkräfte einzusetzen. Peters machte sie außerdem „für Mord verantwortlich“, nachdem Kelce in einer Impf-Werbekampagne aufgetreten war.
Mit manipulierten Bildern wird Swift im Internet in die Nähe des Sexualstraftäters Jeffrey Epstein gerückt. Und schon vor Waters Äußerungen wurde Swift als Geheimwaffe der US-Demokraten dargestellt. So erklärte ein Verbreiter des **QAnon**-Verschwörungsmythos, er habe schon immer gesagt, dass Swift nicht nur „eine satanische Hexe“ sei, sondern auch „eine Waffe des Pentagon für psychologische Kriegsführung, um viele tausend junge Wähler zu den Demokraten überlaufen zu lassen“. [...]
Der Politikwissenschaftler David Jackson von der Bowling Green State University sagt, er könne sich keine „begehrtere“ Unterstützerin für die Kandidaten der Wahl im November vorstellen. Entsprechend sei auch mit noch mehr Verbalattacken gegen die Sängerin zu rechnen.
Auch die Medienwissenschaftlerin Johanna Blakley von der University of Southern California sagt mit Blick auf frühere Sympathiebekundungen von Swift für Biden sowie die Politik der US-Demokraten, das konservative Lager sei offenbar „besorgt über den Einfluss, den sie haben könnte“ auf junge Wähler der Demokraten.
Falschinformationen über die Sängerin zu verbreiten, sei „ein zutiefst hinterlistiger Versuch, Swifts wahrscheinliche Wahlempfehlung für Biden zu untergraben und ihr möglicherweise zuvorzukommen“.
Zit. nach: zdfheute (02.02.2024)

M3 Der Republikaner Jack Lombardi II - er kandidierte 2022 für einen SItz im Repäsentantenhaus - in einem Tweet zu Taylor Swift:
Taylor Swift is nothing more than a controlled influencer who has been put to work by those who seek to destroy America. Make no mistake, she is not one of us. She is not your daughter or granddaughter. She is a very talented operative working for the same group responsible for the timely and coincidental covid-19. Don't be fooled. [If] KC Kansas City [Klub von Travis Kelce] will win the SuperBowl or not, doesn't matter. She WILL have the leading actress roll that will capture American women's feelings and then use her influence in November to support Biden.
Zit. nach: https://twitter.com/JackLombardi/status/1751937082442822072 (04.02.2024)

Fox-News: US-Nachrichtenkanal, steht rechtskonservativen Gruppen und der Republikanischen Partei nahe. Gehört zu den einflussreichen Nachrichtenkanälen der USA; wird wegen der Verbreitung von Fake News und „Alternativen Fakten“ und Verschwörungstheorien kritisiert. Publizistische Untersuchungen stufen Fox als Propagandasender ein.
QAnon: lose Bewegung von Verschwörungstheoretikern mit rechtsextremen Hintergrund; ihre krausen Ideen wurden und werden z. B. von Trump geteilt.

Desinformation und Fake News: Wie beeinflussen Soziale Medien den Wahlkampf?

Wahlkämpfe werden längst auch digital geführt. Parteien und Kandidaten nutzen sie, um bestimmte Wählerschichten (z. B. Junge) zu erreichen oder sie durch ständige Posts, Newsfeeds etc. nur noch fester an sich zu binden und durch gezielte (Des)Information die Glaubwürdigkeit der Gegner oder auch traditioneller Medien zu untergraben.

In Österreich hat sich insbesondere die FPÖ ihr eigenes Medienuniversum geschaffen - von FPÖ TV, reichweitenstarken Facebook-Accounts, TikTok-Auftritten bis hin zu einem rechten Medienspektrum, dessen Artikel und Videos geteilt werden. Algorithmen sorgen für eine Verstärkung von Aufregerthemen und ermöglichen das sogenannte Microtargeting.
Die Summen, die in online-Wahlkämpfe gesteckt werden, wachsen seit Jahren kontinuierlich an. Befinden sich Menschen erst einmal in einer „Blase", können dort leicht Fake News oder „alternative Wahrheiten" geteilt und verbreitet werden. Bots sorgen für eine Vergrößerung der Reichweite. Faktenchecks - kritische Überprüfungen von unbelegten Behauptungen - sind nicht spontan genug und dringen in solche Blasen kaum mehr durch.
Dazu kommen gezielte Versuche von außen - durch von ausländischen Geheimdiensten gesteuerte Trolle - Einfluss auf demokratische Wahlen zu nehmen (siehe M1).
Welche Wirkung das entfalten kann, zeigte z. B. der Sturm auf das Kapitol am 6. Jänner 2021. Befeuert von wochenlangen Behauptungen einer „gestohlenen Wahl" und kaum verdeckten Aufrufen zu Gewalt durch den scheidenden Präsidenten brachten Trumps Anhänger die US-Demokratie in eine schwere Krise.

---

1. Ermitteln Sie mithilfe des Videoclips M1 Mechanismen der Wahlbeeinflussung und Desinformation durch Russland und China.
2. Erklären Sie mithilfe von M2 den Unterschied zwischen Desinformation, Fake News und Verschwörungstheorien und deren Folgen für demokratische Gesellschaften.
3. Öffnen Sie Donald Trumps Account auf Truth Social (Plattform als Alternative zu X/Twitter, auf der Trump nach dem 6. Jänner 2021 viele Monate gesperrt war). Recherchieren Sie, was/welche Seiten dort geteilt werden, ob Quellen angegeben sind und wie vertrauenswürdig diese sind.
4. Diskutieren Sie ausgehend vom letzten Teil des Interviews (M2) mögliche Strategien für den Umgang mit solchen Plattformen.

M1 ***NZZ-Explainer / Videoclip: Desinformation: Wie China und Russland unsere Wahlen beeinflussen.*** *(leider mit Werbung)*

M2 ***Die Komplexitätsforscherin Jana Lasser (TU Graz) über Desinformation, Fake News und Verschwörungstheorien (apa Science, 05.01.2024):***
Wieso werden Fake News, Desinformation und Verschwörungstheorien gerade in letzter Zeit zu einem Problem?
Jana Lasser: Dafür scheinen mir zwei Komponenten hauptverantwortlich zu sein. Einerseits die soziale Komponente, dass wir uns in Gesellschaften mit großen Ungleichheiten befinden. Menschen, die unter sehr schwierigen Bedingungen leben, sind daher eher Erklärungen zugeneigt, die das aktuelle System infrage stellen.
Der zweite Aspekt ist die starke Digitalisierung und das damit einhergehende Ausbreitungspotenzial von Fake News und Verschwörungstheorien. Soziale Medien, die ihre Empfehlungsalgorithmen nach Interaktionen optimieren, sind hier problematisch. Da zum Beispiel emotionale Inhalte Aufmerksamkeit erzeugen, verbreitet sich solcher Content besonders gut - ein Mechanismus, den auch Fake News ausnützen.
Fest steht, dass Desinformation so verbreitet ist wie nie zuvor. Welche Folgen kann die Flut an Fake News für unser Zusammenleben haben?
Lasser: Letztendlich besteht die Gefahr, dass unsere demokratischen Gesellschaften nicht mehr überlebensfähig sind. Wenn wir uns als Bürger:innen nicht einigen können, wie wir gemeinsam Probleme lösen, weil wir uns gewissermaßen in unterschiedlichen Informationswelten bewegen - dann werden die demokratischen Institutionen zusammenbrechen.
Wird zum Beispiel die Legitimität von Wahlergebnissen angezweifelt, und damit, wer überhaupt die Entscheidungsgewalt hat, hört unsere Gesellschaftsordnung auf zu funktionieren. Es sind diese Gefahren, die meine Forschung motivieren.

Desinformation, Fake News, Verschwörungsmythen - im Alltag meinen wir damit oft dasselbe. Doch was versteht die Wissenschaft unter diesen Begriffen?
Lasser: Desinformation sind falsche Informationen, die mit der Intention verbreitet werden, Menschen zu manipulieren. Diese Absichtlichkeit ist der Unterschied zu Falschinformation: Schicken mir Verwandte eine Zeitungsente, ist das nicht gleich Desinformation, da sie wahrscheinlich nicht den Plan hatten, mich zu beeinflussen.
Kommt nun Desinformation professionell aufgemacht daher, sprechen wir von Fake News. Da gibt es beispielsweise Webseiten, die den Stil valider Nachrichtenseiten perfekt kopieren, samt bunter Artikelkacheln und Angaben komplett erfundener Quellen und Autor:innen.
Verschwörungstheorien gehen darüber hinaus. Charakteristisch für solche Mythen ist, dass eine hintergründige Elite für negative Entwicklungen verantwortlich gemacht wird. Außerdem beinhalten Verschwörungsmythen wissenschaftlich nicht widerlegbare Behauptungen. Diesen Aussagen ist dann besonders schwer etwas entgegenzusetzen. Dennoch verwenden auch Verschwörungstheorien Fake News, um ihre Erzählungen zu untermauern.
Fake News sind auf den ersten Blick schwer von echten Nachrichten zu unterscheiden. Doch genau dieses Problem mussten Sie für Ihre bisherige Forschung in großer Zahl lösen. Wie geht das?
Lasser: Nicht, indem man jede einzelne Nachricht überprüft, ob sie wahr oder falsch ist, sondern über die Herkunft. Dabei kamen Dienstleister zum Einsatz, die Medien nach journalistischen Kriterien wie diesen bewerten: Unterscheidet eine Nachrichtenagentur konsequent zwischen Meldung und Meinung, ist immer klar, wer einen Artikel geschrieben hat und wie die Eigentumsverhältnisse sind, gibt es zudem Prozesse, wie Fehler korrigiert werden können. Dann äußert sich das in einer guten Bewertung.
Wir haben so untersucht, wie oft Politiker:innen Links auf Webseiten teilen, die diesem Kriterienkatalog entsprechen. Es zeigte sich unter anderem, dass die Vertrauenswürdigkeit der Seiten, auf die Politiker:innen der US-Republikaner verlinken, in den letzten sechs Jahren massiv zurückgegangen ist. Außerdem kamen in den Begleittexten der Links zunehmend Sprachmuster zum Einsatz, die auf das Empfinden abstellen, und nicht auf überprüfbare Fakten. […]
Eine Strategie wäre, zweifelhaften Content einfach zu entfernen. Was halten Sie davon?
Lasser: Es geht nicht darum, welcher Content gelöscht werden soll, sondern um das Moderieren von Aufmerksamkeit. Wenn Inhalte etwa dazu beitragen, unseren zivilen Diskurs zu gefährden, sollten wir ihnen nicht so viel Reichweite geben. Dabei handelt es sich aber um einen Aushandlungsprozess, wo auf der einen Seite demokratische Werte und der zivile Diskurs stehen, auf der anderen Seite die freie Meinungsäußerung.
Aktuell wird dieses Spannungsverhältnis vom Gewinninteresse der Plattformen moderiert, die Aufmerksamkeit maximieren wollen. Mein Standpunkt ist, dass die sozialen Medien mittlerweile so bedeutsam für den öffentlichen Informationsaustausch sind, dass wir uns als Gesellschaft einen anderen Weg überlegen sollten. Wie wir das Verhältnis zwischen freier Meinungsäußerung und zivilem Diskurs setzen, kann aber nicht die Forschung allein entscheiden. Hier muss gesellschaftlicher Konsens gefunden werden. Zit. nach: apa Science , gekürzt (02.02.2024)

Darf/Soll Trump vom Stimmzettel gestrichen werden?

Die Gerichte in Colodao und Maine haben kürzlich entschieden, Trump wegen wiederholter Behauptungen eines angeblichen Wahlbetrugs („stolen election“) und Aufforderungen, das Wahlergebnis zu seinem Gunsten zu manipulieren von den Stimmzetteln für die Vorwahlen zu streichen. Sie beriefen sich auf einen Verfassungszusatz aus der Zeit nach dem Bürgerkrieg (1861 - 1865), der einem „Aufrührer“ den Zugang zu zentralen oder bundesstaatlichen Ämtern verwehrt. Die Entscheidungen sind rechtlich umstritten und wurden von Trump beeinsprucht. Ein Berufungsgericht hat inzwischen jedoch festgestellt, dass Trump keinesfalls eine „absolute Immunität“ genießt, was wohl ein Rückschlag für ihn ist. Jetzt liegt der Ball beim Obersten Gerichtshof der USA (Supreme Court), in dem Trump wohlgesinnte Richter:innen eine Mehrheit haben.
Trumps Anhänger sind in dieser Frage gespalten: eine Mehrheit würde ihn auch im Falle einer

Verurteilung wählen. Nur etwa ein Viertel ist der Ansicht, als Verurteilter solle er nicht kandidieren. Laut einer CNN-Umfrage sehen 45 % der Befragten Trumps Rolle beim Sturm auf das Kapitol als Verstoß gegen das Gesetz und etwa ein Drittel als unethisch. 23 % sind hingegen überzeugt, dass Trump nichts falsch gemacht habe.
Bei seinen Unterstützer:innen haben Trump die laufenden Gerichtsverfahren bisher nicht geschadet; ganz im Gegenteil: er nützt jeden Gerichtsauftritt für seinen Wahlkampf und spielt auf Zeit. Sollten die Verfahren bis zur Wahl nicht abgeschlossen sein (sehr wahrscheinlich), könnte er im Fall seiner Wiederwahl als Präsident auf seine Immunität pochen und die Verfahren niederschlagen.
Die Entscheidungen in Colorado und Maine verweisen auf die grundlegende Frage des Umgangs mit undemokratischen Tendenzen, Politikern und Parteien, die zuletzt auch im Fall des AfD-Politikers Björn Höcke in Deutschland die Öffentlichkeit beschäftigte.

---

1. Erstellen Sie anhand des Kommentars von Jan-Werner Müller und erstellen eine Liste von Pro- und Kontra-Argumenten für ein Parteienverbot/einen Wahlausschluss.
2. Erörtern Sie anschließend die Frage eines Ausschlusses von Wahlen in der Klasse sowie die Möglichkeiten einer Mobilisierung von Gegenkräften durch Demonstrationen (wie zuletzt in Deutschland).

M1 Der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller (Princeton University) über den Umgang mit antidemokratischen Politikern (Standard, 06.02.2024):
Was sollten Demokratien gegen Parteien unternehmen, die Wahlen und andere demokratische Mittel nutzen, um die Demokratie selbst zu zerstören? Eine gängige, jedoch nicht allgemein anerkannte Antwort lautet, die Partei zu verbieten, bevor sie an die Macht gelangt.
Aber wie verhält es sich im Falle einzelner Politikerinnen und Politiker? Diese Frage wird in den USA derzeit heftig diskutiert, nachdem es verschiedene juristische Versuche gibt, den früheren Präsidenten Donald Trump aufgrund seiner Rolle beim Sturm auf das Kapitol 2021 von der Kandidatur für eine zweite Amtszeit auszuschließen. Die gleiche Frage beschäftigt auch Deutschland, wo man den Aufstieg der extremen Rechten stoppen will. Ein Vorschlag sieht vor, einzelnen Führungspersönlichkeiten politische Rechte zu entziehen, ohne jedoch die rechtsextreme AfD zu verbieten.
Derartige Maßnahmen stellen eine schwerwiegende Beschränkung des politischen Prozesses dar und sollten nur als letztes Mittel eingesetzt werden. Wenn eine Person jedoch immer wieder – nach zahlreichen Warnungen – gegen die Demokratie agitiert, ist ein Ausschluss aus dem demokratischen Prozess durchaus gerechtfertigt. Andernfalls bringen sich Demokratien in tödliche Gefahr. Wie einst Nazi-Propagandaminister Joseph Goebbels schadenfroh verkündete: „Das wird immer einer der besten Witze der Demokratie bleiben, dass sie ihren Todfeinden die Mittel selber stellte, durch die sie vernichtet wurde."
In Anerkennung dieser fatalen Schwäche prägte der Politikwissenschafter Karl Loewenstein, der Deutschland nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten verließ, den Begriff der "wehrhaften Demokratie" – einer Demokratie, die bereit und in der Lage ist, sich durch zunächst undemokratisch anmutende Maßnahmen zu verteidigen. [...]
Kritikerinnen und Kritiker der wehrhaften Demokratie beharren darauf, dass die Demokratie nicht zu retten ist, wenn eine Mehrheit sie abschaffen will. Und sie sagen: Wenn die Demokratiegegnerinnen und -gegner in der Minderheit sind, sollte das Schicksal des Systems dem politischen Prozess überlassen werden. In jedem Fall lehnen sie willkürliche, quasitechnokratische staatliche Maßnahmen ab, die diejenigen, die mit der Demokratie bereits unzufrieden sind, noch weiter entfremden könnten. [...]
In den USA wurde Trump in Colorado und Maine auf Grundlage des 14. Verfassungszusatzes (vorläufig) von den Stimmzetteln verbannt. Und in Deutschland wird mittlerweile ernsthaft darüber beraten, Artikel 18 des Grundgesetzes gegen Björn Höcke, den AfD-Vorsitzenden in Thüringen, anzuwenden, wo die Partei offiziell als "rechtsextremistisch" eingestuft wird, aber in den Umfragen für die Wahl im Herbst weit vorne liegt.

Massiver Wahlrechtsentzug

In Deutschland und den USA kommt ein vollständiges Parteiverbot wohl nicht infrage. In Amerikas faktischem Zweiparteiensystem käme ein Verbot der Republikanischen Partei einer Abschaffung der Demokratie gleich. In Deutschland hat die AfD inzwischen so viel Zuspruch – in Umfragen bundesweit etwa 20 Prozent –, dass ein Verbot wie ein massenhafter Wahlrechtsentzug wirken würde. Dieses Problem wirft ein Schlaglicht auf ein Paradoxon: Solange antidemokratische Parteien klein sind, scheint sich ein Verbot nicht zu lohnen; sind sie jedoch groß geworden, scheint ein Verbot nicht mehr möglich.

Andere kritische Stimmen formulieren das Dilemma noch drastischer. Wo ein Konsens zugunsten der Demokratie besteht, ist wehrhafte Demokratie möglich, aber unnötig. Hat sich jedoch eine verhängnisvolle Polarisierung etabliert, findet die wehrhafte Demokratie keine breite Unterstützung mehr, weil Politikerinnen und Politiker Sorge haben, dass die Instrumente dieser wehrhaften Demokratie gegen sie eingesetzt werden.

Diese Argumente sind wohlbegründet. Doch die Gegnerinnen und Gegner der wehrhaften Demokratie neigen dazu, die Alternative zu idealisieren. Sie gehen davon aus, dass es einen sauberen politischen Wettbewerb mit eindeutigem Ergebnis geben wird und Trump nach einer weiteren Niederlage von der nationalen Bühne verschwinden würde. Trump hat mehr als deutlich gemacht, dass er den Wahlkampf mit Rassismus und möglicherweise mit Aufrufen zur Gewalt zu vergiften gedenkt. Er wird – ungeachtet des Wahlergebnisses – den Sieg wohl für sich beanspruchen. Fällt das Resultat knapp aus, wird er Betrug beklagen. Kommt es zu einem Erdrutschsieg der Gegenseite, wird er behaupten, die ganze Sache sei manipuliert worden. Es ist gefährlich naiv, etwas anderes zu glauben.

Zit. nach: Der Standard, Kommentar der Anderen, gekürzt (06.02.2024)